

1970	17,3
1974	25,4
1976	26,2
1978	25,2
1980	23,1
1982	19,1

-vgl. ALM, Vol.1 Nr.3, S.32/33

US-FIRMA LÄSST SÜD-KOREANISCHE ARBEITERINNEN EINFLIEGEN

Eine Gruppe von 149 Arbeiterinnen aus Süd-Korea kam im Juni nach Singapur, um bei SMITH-CORONA, einer US Büroartikel-Firma, zu arbeiten. Weitere 50 Frauen warten noch auf ihre Ausreisegenehmigung. Die Firma sagte, daß sie deshalb Koreanerinnen einstellte, weil sie nicht in der Lage gewesen sei, so schnell viele Arbeitskräfte in Singapur zu finden und weil sie "so beeindruckt von der Disziplin der Süd-Koreanerinnen" sei.

SMITH CORONA will auch 200 Singapurianer als Teil ihres schnellen Erweiterungsprogramms einstellen. Alle Koreanischen Frauen sind zwischen 18 und 26 und unverheiratet. Sie werden in Unterküften in der Nähe der Fabrik untergebracht. Das Management weigerte sich mitzuteilen, wie hoch deren Löhne im Vergleich zu den einheimischen sind.

-vgl. ALM, Vol.1 Nr.3, S.16

REGIERUNG ERMUTIGT FRAUEN ZUR ARBEITSAUFNAHME

Der Dachverband der Frauenorganisationen in Singapur (Singapore Council of Women's Organizations), mit 92 000 Mitgliedern, führt eine Kampagne, um mehr Frauen zu bewegen, beruflich zu arbeiten. Das "Selbst- und Karriere-Entwicklungsprogramm für Frauen" wendet sich hauptsächlich an Hausfrauen im Alter von 35 bis 40 Jahren. Das Gesamtprogramm versucht aber nicht nur Hausfrauen mit Kindern auszubilden, sondern auch bereits berufstätige Frauen, die dazu bereit sind, solch Hausfrauen zu unterrichten und Unternehmer, die ihnen einen Arbeitsplatz geben.

Sie bleiben nur ein bis zwei Jahre und werden später durch andere ersetzt, die ein unzureichendes Sicherheitsbewußtsein haben.

-vgl. ALM, Vol.1 Nr.3, S. 15

ALLMÄHLICHE SCHWÄCHUNG DER GEWERKSCHAFTEN

Weitere Schritte zu "Japanisierung" der Arbeitskräfte in Singapur wurden von dem Leitungsausschuss über das Verhältnis Management - Arbeiter vorge schlagen. Es wird dazu ermuntert, sogenannte "Work Excellence" Komitees zu gründen.

Diese Komitees sollen ein Forum bilden, um Fragen zu diskutieren die die Steigerung der Produktivität und auch die Sauberkeit der Toiletten betreffen. In 18 Betrieben gibt es bereits solche Komitees und weitere 10 sind geplant.

Die Regierung erteilt dieser Kampagne ihre volle moralische Unterstützung - als einer Einübung der "nationalen Bildung" angesichts des augenblicklichen und zukünftigen Arbeitskräftemangels, insbesondere an ungelerten und angelernten Arbeitskräften.

Eine Untersuchung des Arbeitsministeriums von 1982/83 zeigt, daß realistischere etwa 33 000 Frauen in den Bereich der Beschäftigten miteinbezogen werden könnten. Weiterhin hat die Untersuchung herausgefunden, daß der Anteil der Frauen an den Beschäftigten 1983 um 4 % auf 36 % gestiegen ist. Frauen verdienen außerdem erheblich weniger als Männer, obgleich ihre Gehälter schneller stiegen. Das durchschnittliche Monatseinkommen betrug 1983 465 S\$ (667,70 DM), 18 % mehr als im Vorjahr, während es bei Männern 624 S\$ (896 DM) betrug, nur 10 % mehr als im Vorjahr. Die folgende Übersicht zeigt die Anzahl von Frauen in verschiedenen Beschäftigungsbereichen und die Änderungen in den letzten 10 Jahren:

Beschäftigungsbereich	% -Anteil Frauen	
	1974	1983
alle Beschäftigten	31,8	35,5
hochqualifizierte u. Techniker	32,9	37,9
Veraltung	7,9	17,8
Büroarbeit	44,4	65,3
Verkauf	22,5	32,5
Dienstleistungen	45,4	48,1
Landwirtschaft	27,4	22,2
Produktion	30,6	26,3
andere	5,6	1,6

vgl. ALM, Vol.1 Nr.3, S, 33/34

ÄNDERUNG DER POLITIK GEGENÜBER AUSLÄNDISCHEN ARBEITERN

Etwas 150 000 ungelernete ausländische Arbeiter, die zu Zeit in Singapur beschäftigt sind, sollen bis 1991 das Land verlassen, weil "sie langfristig von keinem wirtschaftlichen Nutzen für das Land sind", so die Aussage des Ministers ohne Geschäftsbereich und dem General-Sekretär der National Trade Union Congress (Gewerkschaftsdachverband). Der Minister fügte hinzu, daß "sie eine Menge sozialer Probleme schaffen könnten."

-vgl. ALM, Vol.1 Nr.3, S.33

LITERATURHINWEISE

The Singaporeans - Special Report, in Asiaweek 7.9.1984 (S. 24-51)

Chua Beng Huat, Reopening Ideological Discussion in Singapore: A New Theoretical Direction, in Southeast Asian Journal of Social Science, Vol.11, Nr.2 (1983), S.31-45

Charles Pendley, Language Policy and Social Transformation in Contemporary Singapore, in Southeast Asian Journal of Social Science, Vol.11, Nr.2 (1983), S.46-58

Chan Heng Chee, Language and Culture in a Multi-Ethnic Society: A Singapore Strategy, in Ilmu Masyarakat Nr.5, Malaysian Social Science Association (Hrsg.), Jan.-Juni 1984, S.62-70

Chee Heng Leng/Chan Chee Khoo (Hrsg.), Designer Genes: I.Q., Ideology & Biology, Institute for Social Analysis (INSAN), Artikelzusammenstellung zur Bevölkerungspolitik Singapurs, Petaling Jaya 1984, 131 S.

C.K.Chan, Lee Kuan Yew and I.Q., in Aliran Monthly, Vol. 4., Nr.5 2 S.

derselbe, I.Q., Ideology and Social Policy, (Fortsetzung), in Aliran Monthly, Vol.4, Nr.6, 3 S.

Sayang Anak Amai, Singapore's Eugenics: Ideology or Science?, in Fajar Nr. 28, Sommer 1984, 6 S.

Singapore Unions: Facing the crunch, in Asia Labour Monitor Vol.1,Nr.2, Juli 1984, S.2f

D.Jankins/V.G.Kulkarni, Singapore's Malay Dilemma, in FEER, 28.6.1984, 6 S.

V.G. Kulkarni, Hands across the water - Malaysia and Singapore went their own ways two decades ago, but common interests remain, in FEER, 16.8. 1984, S. 36-39

In Südostasien Aktuell, Ausgabe Juli 1984 (Institut für Asienkunde , Hamburg, Hrsg.) erschienen folgende Artikel(S.279-84):

SINGAPUR

- (45) Deutsch-singapurische Handelsbeziehungen: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft
- (46) Senkung von Grenzabgaben bei weiteren 33 Exportwaren für ASEAN-Märkte
- (47) Trotz JIS-Vergaberecht keine Exportsteigerungen nach Japan erwartet
- (48) Singapurs Regierung geht gegen Pseudoexporte vor
- (49) Deutliche Zunahme ausländischer Direktinvestitionen in Singapur 1970-1981

- (50) Singapurs Wirtschaftswachstum 10% im ersten Quartal 1984
- (51) Die singapurische Landwirtschaft und Fischerei 1983
- (52) Singapurs Raffinerien noch immer in Schwierigkeiten
- (53) Gute Geschäftsaussichten für Singapurs Hafen. Werften müssen kämpfen
- (54) Computerproduktion/Computereinsatz in Singapur. Auch Venus setzt EDV ein
- (55) Singapurs Manager verdienen gut
- (56) Ungelöste Widersprüche: Suche nach Arbeitskräften bei restriktiver Vergabe von Arbeitserlaubnissen
- (57) Steuerbelastung für ausländische Beschäftigte in Singapur niedriger als in anderen ASEAN-Staaten
- (58) Die SIA bildet drei Betriebs-gewerkschaften

BRUNEI

EINIGE SIND GLEICHER

DIE NEUE REGIERUNG VERDRÄNGT CHINESEN AUS IHREN ANGESTAMMTEN BERUFEN UND ERSETZT SIE DURCH MALAIEN

Die Hoffnungen der internationalen Staatengemeinschaft, daß das kleine Brunei schnell mit seiner Position als vollständig unabhängiger Staat zu rechtekommen würde, nachdem es im Januar die letzten kolonialen Bindungen an Großbritannien abgeschnitten hat, haben sich bisher als unbegründet erwiesen. Wenn überhaupt hat sich das ölfreiche südostasiatische Sultanat nach glaubhaften Berichten aus der Hauptstadt Bandar Seri Begawan politisch und wirtschaftlich zum Schlechten gewandt. Dies hauptsächlich wegen der offensichtlichen Verschlechterung der Situation in der chinesischen Bevölkerungsgruppe, die ca. 60.000, d.h. 30 % der geschätzten 200.000-Gesamtbevölkerung ausmacht und die beherrschende Kraft im privaten Sektor stellen. Gemäß einem gut informierten, häufigen Besucher Bruneis, wo regierungsamtliche Informationen spärlich sind und Zugang zu offiziellen Stellen schwierig ist, hat sich die Stellung der Chinesen in den 6 Monaten seit der völligen Unabhängigkeit grundlegend verschlechtert. Besonders betroffen sind die, die ohne Staatsangehörigkeit sind, die Mehrheit des chin. Bevölkerungsteils. Bruneis unermeßlicher Reichtum, mit 28 Mrd. B\$ (= 13,03 Mrd. US\$) an Reserven, ist bisher fast ausschließlich durch seine Öl- und Erdgas-Industrie beigesteuert worden. Einheimische Chinesen und Auswanderer stellen in der Vergangenheit das angestammte Arbeitskräfte-Reservoir. Erdölverbundene Zulieferindustrie war ebenfalls überwiegend Domäne der Chinesen.

Nun steht SHELL - Bruneis Öl-Monopolgesellschaft, die sich die Anteile 50:50 mit der Regierung Bruneis teilt - unter zunehmendem öffentlichen Druck, Arbeitskräfte vom größeren malaischen Bevölkerungsteil einzustellen. Mehr als ein Öl-Unternehmer hat inoffiziell beklagt, daß malaische Arbeitskräfte bei Tätigkeiten, wie Bedienung von Hochsee-Bohrtürmen, sich als weniger nützlich erwiesen haben als ihre chinesischen Konkurrenten. Aber die Ölindustrie-Arbeitgeber müssen sich mit Bruneis 'Dumiputra first'-Politik abfinden, obwohl die meisten der 120.000 Malaien froh gewesen sind, einen der lukrativen Jobs im öffentlichen Dienst zu bekommen. Im Erdölverbundenen industriellen Sektor werden die Chinesen ebenfalls, mit offizieller Unterstützung, von den Malaien verdrängt.

nach informierten Quellen

Einige der betroffenen Unternehmen haben direkte Verbindung zur königlichen Familie. Am Unabhängigkeitstag übernahm der 38-jährige Sultan Sir Muda Hassanal Bolkiah das Amt des Premierministers, des Innenministers und des Finanzministers. Seine Brüder Prinz Mohamad und Prinz Jefri wurden Außenminister bzw. Kulturminister, wobei Jefri auch das Amt des stellvertretenden Finanzministers ergatterte. Verlässlichen Berichten zufolge, sind alle abgesehen von ihren Kabinettsposten auch kommerziell tätig. Einen ähnlichen Vorstoß der Malaien hat es in der Bauindustrie gegeben, einem der am stärksten expandierenden Nicht-Öl-Sektoren der Wirtschaft Bruneis. Nun ist es in der Bauindustrie 'zu einem Stillstand' gekommen. Dies alles läßt den chinesischen Unternehmern und Managern wenig Handlungsspielraum. Sie können lediglich in der Hauptstadt und dem anderen städtischen Zentrum Kuala Belait, an der Westgrenze mit Sarawak, ihre Geschäfte betreiben. Selbst die chinesischen Geschäftsleute, die im Import-Export-Handel, Bruneis Hauptstütze, betätigen, haben seit der Unabhängigkeit immer mehr Schwierigkeiten bekommen.

Vor der Unabhängigkeit hatten Chinesen, die nicht Staatsbürger Bruneis waren, schätzungsweise 75 - 90 % der chinesischen Gemeinschaft, einen Pass als 'Britisch geschützter Bürger', der es ihnen erlaubte, frei zu reisen. Nun, nachdem Großbritannien nicht länger für die äußeren Angelegenheiten des Staates verantwortlich ist, müssen sie einen Antrag auf

eine internationale Identitätskarte als Staatsbürger Bruneis stellen. Das schränkt ihre Reisen ziemlich ein, zumal sie die Behörden jedesmal, wenn sie das Land verlassen wollen, um Erlaubnis fragen müssen. Während ein Visum für die Reise ins nahe Singapur - bei weitem der größte Handelspartner - nur 48 Stunden beansprucht, dauert die Erlaubnis, ein Reiseziel wie Hongkong oder Malaysia, zu besuchen, zwei Wochen oder mehr.

Ein Grund der Regierung, die Außenkontakte der Chinesen einzuschränken, kann die tiefsitzende Furcht des islamischen Sultanats vor Kommunismus sein. Aber Brunei ist kein Agrarland, wie ein Beobachter herausstrich, und von daher leben auch keine Chinesen im Dschungel, wie z.B. in Thailand oder Malaysia, wo es erfahrene, zumeist chinesisch geführte, kommunistische Aufständische gibt.

Viel wahrscheinlicher, und drohender, ist es, daß der Sultan und seine Berater den Anteil der Chinesen an der Gesamtbevölkerung auf einen überschaubaren Prozentsatz senken will, indem er sie ermutigt, sich anderswo niederzulassen. Tausende frustrierte Chinesen sind in den letzten Jahren nach Kanada oder Australien ausgewandert, und die Behörden Bruneis sind sicherlich froh, daß der Trend weitergeht oder sogar zunimmt. Wenn Chinesen, die nicht Staatsbürger sind, die Staatsbürgerschaft beantragen wollen, müssen sie zunächst nachweisen, daß sie zwanzig der letzten 25 Jahre in Brunei gelebt haben, davon ununterbrochen in den letzten 3 Jahren. Sie müssen sich einer strengen Prüfung der malaischen Sprache unterziehen, die sich aber nicht auf Kenntnisse der Sprache beschränkt, sondern ebenso andere nicht zur Sache gehörige Themen beinhaltet. Neben der größeren Sicherheit, die die Staatsbürgerschaft den Chinesen gibt, ermöglicht sie auch, den Ankauf von Land zu beantragen, zur freien medizinischen Behandlung zugelassen zu werden und andere Privilegien. Der Sultan hat 1983 der örtlichen chinesischen Wirtschaftskammer versichert, "Nicht-Staatsbürger" würden auch weiterhin geschützt. Viele Chinesen vertrauen dem Sultan als ihrem Beschützer in einer überwiegend islamischen Gemeinschaft, besonders weil der die islamischen Werte nicht zu sehr herausstreicht, aber die gegenwärtige Situation ist doch, gelinde gesagt, irritierend.

In der Zwischenzeit tritt die Wirtschaft abgesehen von Öl- und Gasproduktion weiterhin auf der Stelle. Es hat wenig